



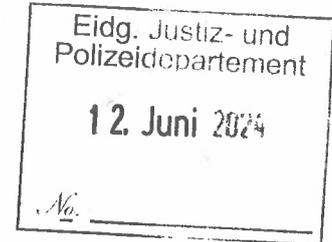
Elektronisch an eus@fedpol.admin.ch



**Kanton Zürich
Regierungsrat**

staatskanzlei@sk.zh.ch
Tel. +41 43 259 20 02
Neumühlequai 10
8090 Zürich
zh.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
3003 Bern



5. Juni 2024 (RRB Nr. 622/2024)

Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (Vernehmlassung)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 10. April 2024 unterbreiteten Sie uns eine Vorlage für die Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und äussern uns wie folgt:

Wir begrüssen die Umsetzung und haben folgende Bemerkungen:

Es ist wesentlich, dass die Deliktskataloge in den Anhängen des Bundesgesetzes über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (SR 361), des Bundesgesetzes über den Informationsaustausch zwischen den Strafverfolgungsbehörden des Bundes und denjenigen der anderen Schengen-Staaten (SR 362.2) sowie der Verordnung über den nationalen Teil des Schengener Informationssystems (N-SIS) und das SIRENE-Büro (N-SIS-Verordnung, SR 362.0) deckungsgleich ausgestaltet sind. Der vorliegende Katalog weicht jedoch in Struktur, Begrifflichkeit und Inhalt vom bestehenden Katalog in der N-SIS-Verordnung (Anhang 1b) ab, obwohl er gemäss erläuterndem Bericht (S. 19, 3. Absatz) auf dieselben Kriminalitätsformen wie im Rahmenbeschluss des Rates vom 13. Juni 2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten (2002/584/JI) ausgerichtet ist. Wir beantragen, die notwendigen Anpassungen vorzunehmen, um Deckungsgleichheit der Anhänge zu erreichen.

Weiter fehlen im neuen Katalog Straftatbestände der Kriminalitätsform Sabotage (Brandstiftung; Sachbeschädigung; Herstellen, Verbergen, Weiterschaffen von Sprengstoffen), welche ein wesentliches Element im Bereich der Terrorverfolgung darstellen. Da die Kriminalitätsform der Sabotage auch im Anhang I der Verordnung (EU) 2016/794 fehlt, ist zu

prüfen, ob die vorgenannten Tatbestände anderen Kriminalitätsformen zugeordnet werden können. Zudem ist zu klären, ob der Tatbestand der Nötigung unter die Kriminalitätsform der Erpressung und Schutzgelderpressung subsumiert werden kann, was aus unserer Sicht begrüsst würde.

Unter Ziff. 27 bei den Straftaten nach schweizerischem Recht ist bei «Vergehen gemäss Heilmittelgesetz (Art. 86 Abs. 1–3 HMG)» «Verbrechen» zu ergänzen, da Art. 86 Abs. 2 und 3 HMG auch Verbrechen umfassen.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:



Natalie Rickli

Die Staatsschreiberin:



Dr. Kathrin Arioli





Regierungsrat

Postgasse 68
Postfach
3000 Bern 8
info.regierungsrat@be.ch
www.be.ch/rr

Staatskanzlei, Postfach, 3000 Bern 8

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per E-Mail (in Word & PDF) an:
eus@fedpol.admin.ch

RRB Nr.: 608/2024
Direktion: Sicherheitsdirektion
Klassifizierung: Nicht klassifiziert

19. Juni 2024

**Vernehmlassung des Bundes: Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS)
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Der Regierungsrat des Kantons Bern dankt Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Es geht vorliegend um die Übernahme und Umsetzung von geändertem EU-Recht im Rahmen der Schengener Abkommen, denen die Schweiz 2008 beigetreten ist. Neu sollen die SIS-Staaten direkten Zugriff auf Informationen von Europol bekommen, die möglicherweise an terroristischen oder schweren kriminellen Aktivitäten beteiligte Drittstaatsangehörige betreffen.

Der Regierungsrat des Kantons Bern begrüsst eine entsprechende Möglichkeit sowohl aus Sicht der Ermittlung als auch aus sicherheitspolizeilichen Gesichtspunkten. Der Kanton Bern kann damit von Informationen und dem Austausch unter den Staaten profitieren.

Konkret ist die Schweiz von den Änderungen doppelt betroffen. Einerseits wird Europol Vorschläge für die Eingabe von Ausschreibungen im SIS auch an die Schweiz richten können, andererseits werden wir in der Schweiz Treffer zu Informationsausschreibungen einsehen und bearbeiten können. Allfällige Ausschreibungen würden jedoch durch fedpol erfolgen und dort unter Umständen einen gewissen Mehraufwand verursachen. Dieser bleibt voraussichtlich klein, da bestehende Prozesse und Kanäle genutzt werden und Europol für Ausschreibungen vermutlich eher an ein EU-Land gelangen wird.

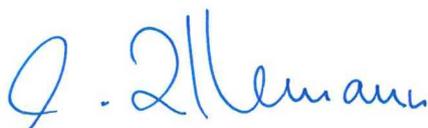
Der Kanton Bern und damit die Kantonspolizei Bern sind von der Verordnung nur dann betroffen, wenn Polizeiangehörige während einer Personenkontrolle mit einer Informationsausschreibung konfrontiert sind, welche die kontrollierte Person betrifft. In einem solchen Fall müssen die betreffenden Polizeiangehörigen das Verfahren zur Treffermeldung anwenden, unter Berücksichtigung

sichtigung allfälliger besonderer Modalitäten für Informationsausschreibungen, die noch zu definieren sind. Im Gegenzug profitiert der Kanton Bern von der Stärkung der Zusammenarbeit auf internationaler Ebene und mit Europol. Dank der neuen Daten zu potenziellen Straftätern und Straftäterinnen, die in das SIS aufgenommen werden, dürfte diese Verordnung die Sicherheit in der Schweiz und im Kanton Bern insgesamt erhöhen.

Der Regierungsrat des Kantons Bern unterstützt deshalb die Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 und stellt keine weiteren Anträge.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrates



Evi Allemann
Regierungspräsidentin



Christoph Auer
Staatsschreiber

Verteiler

- Datenschutzaufsichtsstelle
- Sicherheitsdirektion
- Wirtschafts-, Energie- und Umweltdirektion

Justiz- und Sicherheitsdepartement

Bahnhofstrasse 15
Postfach 3768
6002 Luzern
Telefon 041 228 59 17
jsdds@lu.ch
www.lu.ch

Bundesamt für Polizei

per E-Mail
eus@fedpol.admin.ch

Luzern, 4. Juni 2024

Protokoll-Nr.: 613

Schengen/Dublin: Übernahme und Umsetzung EU-Verordnung 2022/1190 zur Änderung EU-Verordnung 2018/1862 in Bezug auf Eingabe Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen in Schengener Informationssystem (SIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Für die Gelegenheit, im Rahmen des oben genannten Vernehmlassungsverfahrens Stellung nehmen zu können, danken wir Ihnen. Im Namen und Auftrag des Regierungsrates erlauben wir uns die folgenden Bemerkungen.

Wir befürworten die vorgesehene Teilrevision des Bundesgesetzes über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (BPI). Insbesondere dank der im SIS neu integrierten Daten zu potenziellen (Schwer-)Kriminellen dürfte die Sicherheit im Schengen-Raum erhöht werden.

Ausdrücklich begrüssen wir, dass die Schweiz auf diese Weise gewisse Informationen erhalten wird, an die sie als Nicht-Europol-Mitgliedsstaat nicht ohne Weiteres gelangen würde. Indem jeder Staat, der einen Vorschlag von Europol erhält, die Informationen überprüft und die Ausschreibung im SIS nur dann vornimmt, wenn er dies als erforderlich und gerechtfertigt beurteilt, wird die Datenqualität erhöht. Die Kosten für den Bund (Zusammenspiel RIPOL und N-SIS) erachten wir als überschaubar, zumal Europol für die Eingabe von Ausschreibungen kaum vorrangig an die Schweiz gelangen wird.

Freundliche Grüsse



Ylfete Fanaj
Regierungsrätin



Landammann und Regierungsrat des Kantons Uri

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 10. April 2024 laden Sie den Regierungsrat des Kantons Uri ein, zur Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat ist mit dem Vorgehen einverstanden und verzichtet auf eine einlässliche Vernehmlassung.

Sehr geehrter Herr Bundesrat, wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Altdorf, 25. Juni 2024



Regierungsrat des Kantons Uri

Der Landammann

Christian Arnold

Der Kanzleidirektor

Roman Balli



6431 Schwyz, Postfach 1260

per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
eus@fedpol.admin.ch
(Word- und PDF-Format)

Schwyz, 18. Juni 2024

Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS) – Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands

Vernehmlassung des Kantons Schwyz

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 10. April 2024 hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement die Kantonsregierungen eingeladen, zur oben erwähnten Vernehmlassungsvorlage bis 28. Juni 2024 Stellung zu nehmen. Für die Einladung danken wir Ihnen bestens.

Mit der vorliegenden Verordnung will die Europäische Union den Schengen-Staaten ermöglichen, dass auf Vorschlag von Europol Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Schengener Informationssystem (SIS) erfolgen können. Europol selbst wird auch weiterhin keine Ausschreibungen im SiS eingeben können.

Der Kanton Schwyz stimmt der vorliegenden Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands zu und hat keine weiteren Anmerkungen anzubringen.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und versichern Sie, Herr Bundesrat, unserer vorzüglichen Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates:

André Rüeggsegger
Landammann



Dr. Mathias E. Brun
Staatsschreiber

Kopie an:

- die Schwyzer Mitglieder der Bundesversammlung.



CH-6060 Sarnen, Enetriederstrasse 1, SSD

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

per Mail an:

eus@fedpol.admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.4964

Unser Zeichen: ks

Sarnen, 25. April 2024

**Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands);
Stellungnahme.**

Sehr geehrter Herr Bundesrat,

geschätzter Beauf

Für die Einladung zur Vernehmlassung zum obengenannten Geschäft danken wir Ihnen.

Der Kanton Obwalden verzichtet in diesem Vernehmlassungsverfahren auf eine Stellungnahme.

Freundliche Grüsse


Christoph Amstad
Regierungsrat

Kopie an:

- Kantonale Mitglieder der Bundesversammlung
- Kantonspolizei
- Staatskanzlei



CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

PER E-MAIL

Eidgenössische Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Herr Bundesrat Beat Jans
Bundeshaus West
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02
staatskanzlei@nw.ch
Stans, 18. Juni 2024

Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands). Stellungnahme

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 10. April 2024 eröffnete das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) unter anderen bei den Kantonen das Vernehmlassungsverfahren zur Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands). Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

1 Erwägungen

Der Regierungsrat Nidwalden stellt fest, dass die vorgeschlagene Verordnung zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen eine wichtige Weiterentwicklung im Bereich der Sicherheitszusammenarbeit innerhalb des Schengen-Raums darstellt. Die technische Umsetzung und die notwendigen rechtlichen Anpassungen erfolgen auf Bundesebene, wodurch für den Kanton keine direkten finanziellen Auswirkungen zu erwarten sind. Weiteres Personal wird für die Implementierung dieser Verordnung ebenfalls nicht benötigt.

Zudem ist die Übernahme der Verordnung mit einer Teilrevision des Bundesgesetzes über die polizeilichen Informationssysteme verbunden, was eine Anpassung des schweizerischen Rechts erfordert. Es ist sicherzustellen, dass diese Anpassungen im Einklang mit der schweizerischen Verfassung sowie internationalen Verpflichtungen, insbesondere im Bereich des Datenschutzes, stehen.

Der Kanton Nidwalden hat die notwendigen Vorkehrungen getroffen, um die Umsetzung der Verordnung in Übereinstimmung mit diesen rechtlichen Anforderungen zu gewährleisten. Nach eingehender Prüfung und Berücksichtigung aller relevanten Aspekte sehen wir keine

Hindernisse für die Übernahme der Verordnung. Der Regierungsrat unterstützt daher die Übernahme der Verordnung und sieht sie als eine positive Entwicklung zur Stärkung der inneren Sicherheit und der internationalen Zusammenarbeit.

2 Fazit

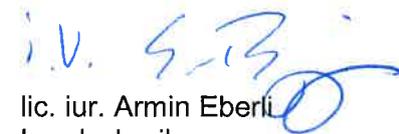
Wir begrüßen die vorgeschlagenen Änderungen zur Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands und sprechen uns für die Vorlage aus.

Der Regierungsrat Nidwalden bedankt sich für die Möglichkeit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung der Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
NAMENS DES REGIERUNGSRATES


Michèle Blöchli
Landammann




lic. iur. Armin Eberli
Landschreiber

Geht an:
- eus@fedpol.admin.ch

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
3003 Bern

Glarus, 25. Juni 2024
Unsere Ref: 2024-95

Vernehmlassung i. S. Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS; Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

Hochgeachteter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Der Kanton Glarus begrüsst die Vorlage, da damit der Informationsfluss insbesondere in Fällen von terroristischen Aktivitäten oder anderen schweren Formen von Kriminalität sichergestellt werden kann.

Genehmigen Sie, hochgeachteter Herr Bundesrat, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

Für den Regierungsrat


Kaspar Becker
Landammann


Arpad Baranyi
Ratsschreiber

E-Mail an (PDF- und Word-Version): eus@fedpol.admin.ch



Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

Nur per E-Mail

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Herr Bundesrat Beat Jans
Bundeshaus West
3003 Bern

Zug, 18. Juni 2024 ki

**Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)
Stellungnahme des Kantons Zug**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 10. April 2024 haben Sie die Kantonsregierungen eingeladen, sich bis am 28. Juni 2024 zur oben genannten Vorlage vernehmen zu lassen. Nach Durchsicht der Vorlage können wir Ihnen mitteilen, dass wir mit dieser einverstanden sind. Abweichende Anträge haben wir keine.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse
Regierungsrat des Kantons Zug

Silvia Thalmann-Gut
Frau Landammann

Tobias Moser
Landschreiber

Versand per E-Mail an:

- Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD (eus@fedpol.admin.ch; als PDF- und Word-Version)
- Sicherheitsdirektion (info.sd@zg.ch)
- Amt für Migration (AFMKader@zg.local)
- Zuger Polizei (kommandooffice.polizei@zg.ch)
- Zuger Mitglieder der Bundesversammlung
- Staatskanzlei (info.staatskanzlei@zg.ch; zur Aufschaltung der Vernehmlassungsantwort im Internet)



ETAT DE FRIBOURG
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat CE
Staatsrat SR

Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

T +41 26 305 10 40
www.fr.ch/ce

Conseil d'Etat
Route des Arsenaux 41, 1700 Fribourg

PAR COURRIEL

Département fédéral de justice et police DFJP
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Courriel : eus@fedpol.admin.ch

Fribourg, le 28 mai 2024

2024-433

Reprise et mise en œuvre du règlement (UE) 2022/1190 modifiant le règlement (UE) 2018/1862 en ce qui concerne l'introduction dans le système d'information Schengen (SIS) de signalements pour information concernant des ressortissants de pays tiers dans l'intérêt de l'Union (Développement de l'acquis de Schengen) – Procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Par courrier du 10 avril dernier, vous nous avez consultés sur l'objet cité en titre, et nous vous en remercions.

La mise en œuvre du règlement (UE) 2022/1190 permettra d'introduire dès 2025 dans le Système d'information Schengen (SIS), sur demande d'Europol, des signalements pour information relatifs en particulier à des ressortissants de pays tiers soupçonnés d'activités criminelles graves telles que le terrorisme. Vu le bénéfice pour la Suisse et les cantons de l'accroissement de la sécurité dans l'Espace Schengen apporté par ce règlement, nous en approuvons sans réserve la reprise et la mise en œuvre dans notre droit interne.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :

Jean-Pierre Siggen, Président



Danielle Gagnaux-Morel, Chancelière d'Etat

Copie

—

à la Direction de la sécurité, de la justice et du sport, pour elle, la Police cantonale et le Service de la population et des migrants ;
à la Chancellerie d'Etat.

Regierungsrat

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
so.ch

Bundesamt für Polizei fedpol
Chef Internationale
Polizei Kooperation IPK
Vizedirektor Simon Spörri
Guisanplatz 1a
3003 Bern

24. Juni 2024

Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands); Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Vizedirektor
Sehr geehrte Damen und Herren

Am 10. April 2024 haben Sie uns eingeladen, zur Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 Stellung zu nehmen. Besten Dank für die Gelegenheit, uns zu dieser Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands äussern zu können.

Die zu übernehmende Verordnung bezweckt die Änderung der geltenden Verordnung (EU) 2018/1862. Neu sollen die Schengen-Staaten auf Vorschlag von Europol Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im SIS vornehmen können. Zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit im Schengen-Raum kann es im Einzelfall und unter gewissen Voraussetzungen angezeigt sein, Drittstaatsangehörige, die der Beteiligung an schweren kriminellen oder terroristischen Aktivitäten verdächtigt werden, im SIS auszuschreiben. Aus diesen Gründen unterstützen wir diese Möglichkeit.

Die innerstaatliche Umsetzung erfolgt durch eine Teilrevision des Bundesgesetzes über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (BPI). Die vorgeschlagenen Bestimmungen begrüssen wir. Dies gilt insbesondere für die abschliessende Aufzählung der schweren Straftaten, bei denen die Informationsgewinnung und der Informationsaustausch über Drittstaatsangehörige zulässig sein soll.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES

sig.
Peter Hodel
Landammann

sig.
Andreas Eng
Staatschreiber



Rathaus, Marktplatz 9
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 85 62
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch
www.regierungsrat.bs.ch

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per E-Mail an
eus@fedpol.admin.ch

Basel, 18. Juni 2024

Regierungsratsbeschluss vom 18. Juni 2024

Vernehmlassung zur Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsaus-schreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Infor-mationssystem (SIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands); Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 10. April 2024 hat der Vorsteher des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartements (EJPD), Herr Bundesrat Beat Jans, unter anderem die Kantone eingeladen, sich zu den im Betreff erwähnten Vernehmlassungsunterlagen zu äussern.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme. Der Kanton Basel-Stadt begrüsst die Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 und hat darüber hinaus keine weiteren Anmerkungen.

Freundliche Grüsse
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Dr. Conradin Cramer
Regierungspräsident

Barbara Schüpbach-Guggenbühl
Staatsschreiberin

Regierungsrat, Kasernenstrasse 31, 4410 Liestal

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD, Bern

eus@fedpol.admin.ch

Liestal, 25. Juni 2024

Vernehmlassung betreffend Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsaus-schreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informa-tionssystem (SIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Besten Dank für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung.

Wir teilen Ihnen mit, dass wir die geplante Revision aus Sicht der Arbeit unserer Polizei und der Staatsanwaltschaft vorbehaltlos unterstützen.

Hochachtungsvoll



Monica Gschwind
Regierungspräsidentin



Elisabeth Heer Dietrich
Landschreiberin

Kanton Schaffhausen
Finanzdepartement

J. J. Wepfer-Strasse 6
CH-8200 Schaffhausen
www.sh.ch

T +41 52 632 72 50
cornelia.stammhurter@sh.ch



Finanzdepartement

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

per E-Mail:
eus@fedpol.admin.ch

Schaffhausen, 18. Juni 2024

**Vernehmlassung EJPD betreffend Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands);
Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 10. April 2024 haben Sie uns eingeladen, in vorerwähnter Angelegenheit Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit.

Wir begrüssen diese Schengener-Weiterentwicklung, mit welcher Schengen-Staaten ermöglicht wird, auf Vorschlag von Europol Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im SIS einzugeben. Diese Weiterentwicklung stärkt die nationale und internationale Zusammenarbeit in der Kriminalitätsbekämpfung und dient somit der Erhöhung der Sicherheit im Schengen-Raum. Ein grosses Anliegen ist uns dabei aber, dass das Verfahren der Informationsausschreibung möglichst effizient ausgestaltet wird.

Freundliche Grüsse
Finanzdepartement

Dr. Cornelia Stamm Hurter
Regierungsrätin



per Mail (Word und PDF)

eus@fedpol.admin.ch

Katrin Alder
Regierungsrat
Tel. +41 71 343 63 51
katrin.alder@ar.ch

Herisau, 28. Juni 2024

CMI 6000.2024-0612

Eidg. Vernehmlassung; Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2028/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zur Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands); Stellungnahme

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 10. April 2024 wurden die Kantonsregierungen vom Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement EJPD in rubrizierter Angelegenheit bis 28. Juni 2024 Stellung zu nehmen. Für diese Möglichkeit danken wir Ihnen bestens. Das Geschäft wurde dem Departement Inneres und Sicherheit zur direkten Erledigung zugewiesen und nimmt wie folgt Stellung:

Das Departement Inneres und Sicherheit verzichtet auf eine materielle Stellungnahme. Es unterstützt die vorgeschlagene Lösung im Interesse der grenzüberschreitenden Kriminalitätsbekämpfung vollumfänglich.

Freundliche Grüsse

Katrin Alder, Regierungsrätin



Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei
Marktgasse 2
9050 Appenzell
Telefon +41 71 788 93 11
info@rk.ai.ch
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Per E-Mail an
eus@fedpol.admin.ch

Appenzell, 21. Juni 2024

Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 10. April 2024 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie ist mit der Übernahme und Umsetzung einverstanden.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

Im Auftrage von Landammann und Standeskommission

Der Ratschreiber:


Markus Dörig

Zur Kenntnis an:

- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@parl.ch)



Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement
Bundeshaus West
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen
Regierungsgebäude
9001 St.Gallen
T +41 58 229 89 42
info.sk@sg.ch

St.Gallen, 20. Juni 2024

Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS); Vernehmlassungsantwort

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Mit Schreiben vom 10. April 2024 laden Sie uns zur Vernehmlassung zur Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Europäischen Union in das Schengener Informationssystem (SIS) ein.

Wir danken für diese Gelegenheit und teilen mit, dass wir mit den vorgesehenen Änderungen des Bundesgesetzes über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (BPI) einverstanden sind.

Im Namen der Regierung

Susanne Hartmann
Präsidentin

Dr. Benedikt van Spyk
Staatssekretär



Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:
eus@fedpol.admin.ch



Sitzung vom

4. Juni 2024

Mitgeteilt den

5. Juni 2024

Protokoll Nr.

469/2024

Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

Per E-Mail (PDF- und Word-Version) zustellen an: eus@fedpol.admin.ch

**Vernehmlassung EJPD - Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU)
2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Ein-
gabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse
der Union in das Schengener Informationssystem (SIS) (Weiterentwicklung des
Schengen-Besitzstands)
Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 10. April 2022 erhalten die Kantone Gelegenheit, sich zu erwähn-
tem Geschäft zu äussern. Dafür danken wir Ihnen bestens.

Die uns zugesandte Dokumentation haben wir geprüft. Die Regierung verzichtet auf
eine Stellungnahme zur Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU)
2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe
von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union

in das Schengener Informationssystem (SIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands).



Namens der Regierung

Der Präsident:

Der Kanzleidirektor:

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'J. Parolini', written over a faint circular stamp.

Dr. Jon Domenic Parolini

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'D. Spadin', written over a faint circular stamp.

Daniel Spadin

REGIERUNGSRAT

Regierungsgebäude, 5001 Aarau
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50
regierungsrat@ag.ch
www.ag.ch/regierungsrat

A-Post Plus
Bundesamt für Polizei
Guisanplatz 1A
3003 Bern

12. Juni 2024

Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands); Vernehmlassung

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 10. April 2024 wurden die Kantonsregierungen eingeladen, in oben genannter Sache eine Vernehmlassung zu erstatten.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau dankt Ihnen für diese Gelegenheit. Er stimmt der Übernahme und der Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) vollumfänglich zu.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Dr. Markus Dieth
Landammann

Joana Filippi
Staatsschreiberin

Kopie

- eus@fedpol.admin.ch

[Staatskanzlei, Regierungskanzlei, 8510 Frauenfeld](#)

Eidgenössisches
Justiz- und Polizeidepartement (EJPD)
Herr Beat Jans
Bundesrat
Bundeshaus West
3003 Bern

Frauenfeld, 11. Juni 2024
Nr. 432

Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS)

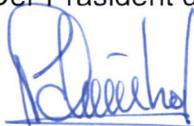
Vernehmlassung

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit der Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass wir mit dem Entwurf für einen Bundesbeschluss über die Genehmigung und die Umsetzung des Notenaustausches zwischen der Schweiz und der EU betreffend die Übernahme der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS) einverstanden sind.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates



Der Staatsschreiber



Numero
3064

sl

0

Bellinzona
19 giugno 2024

Consiglio di Stato
Piazza Governo 6
Casella postale 2170
6501 Bellinzona
telefono +41 91 814 41 11
fax +41 91 814 44 35
e-mail can@ti.ch
web www.ti.ch

Repubblica e Cantone
Ticino

Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale di giustizia e polizia
DFGP
Palazzo federale ovest
3003 Berna

eus@fedpol.admin.ch (Word e pdf)

Procedura di consultazione concernente il recepimento e la trasposizione del regolamento (UE) 2022/1190 che modifica il regolamento (UE) 2018/1862 per quanto riguarda l'inserimento, nell'interesse dell'Unione, di segnalazioni informative su cittadini di paesi terzi nel sistema d'informazione Schengen (SIS) (Sviluppo dell'acquis di Schengen)

Gentili signore, egregi signori,

abbiamo ricevuto la vostra lettera del 10 aprile 2024 in merito alla summenzionata procedura di consultazione. Il progetto, unitamente al rapporto esplicativo, è stato da noi esaminato in collaborazione con la Polizia cantonale.

Ringraziando per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio, lo scrivente Consiglio accoglie positivamente il progetto qui sottoposto in consultazione, il quale permetterà indubbiamente di rafforzare la cooperazione internazionale con Europol nell'ottica di una lotta più efficace e mirata alle attività terroristiche e ad altre gravi forme di criminalità.

Vogliate gradire, gentili signore, egregi signori, i sensi della nostra massima stima.

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Presidente


Christian Vitta

Il Cancelliere


Arnaldo Coduri

Copia a:

- Dipartimento delle istituzioni (di-dir@ti.ch)
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni (di-sg.ap@ti.ch)
- Comando della Polizia cantonale (servizio.giuridico@ti.ch; polizia-segr@polca.ti.ch)
- Deputazione ticinese alle Camere federali (can-relazioniesterne@ti.ch)
- Pubblicazione in Internet

CONSEIL D'ETAT

Château cantonal
1014 Lausanne

Monsieur le Conseiller fédéral
Beat Jans
Chef du Département de justice et police
DFJP
Bundesgasse 1
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Réf. : 24_COU_3160

Lausanne, le 19 juin 2024

Consultation fédérale

Reprise et mise en œuvre du règlement (UE) 2022/1190 modifiant le règlement (UE) 2018/1862 en ce qui concerne l'introduction dans le système d'information Schengen (SIS) de signalements pour information concernant des ressortissants de pays tiers dans l'intérêt de l'Union

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat du Canton de Vaud vous remercie de l'avoir associé à la consultation citée, qui a retenu toute son attention.

Le Gouvernement vaudois salue cette évolution positive de la coopération policière internationale, qui va dans le sens de plus de précision et de professionnalisme dans les échanges entre Etats.

Ce projet n'appelle par ailleurs aucune remarque de détail. Sur le plan technique, il importera de mentionner correctement, dans le signalement, les mesures à prendre.

Nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE

LE CHANCELIER.



Christelle Luisier Brodard



Michel Staffoni

Copies

- OAE
- Polcant



Le Conseil d'Etat

2654-2024

Département fédéral de justice et police
Monsieur Beat Jans
Conseiller fédéral
Palais fédéral Ouest
3003 Berne

Concerne : reprise et mise en œuvre du règlement (UE) 2022/1190 modifiant le règlement (UE) 2018/1862 en ce qui concerne l'introduction dans le système d'information Schengen (SIS) de signalements pour l'information concernant des ressortissants de pays tiers dans l'intérêt de l'Union (Développement de l'acquis de Schengen)

Monsieur le Conseiller fédéral,

Notre Conseil a bien reçu votre courrier du 10 avril 2024, par lequel vous avez invité les Gouvernements cantonaux à se prononcer dans le cadre de la procédure de consultation citée en marge.

Après en avoir pris connaissance avec intérêt et attention, nous vous informons que le Conseil d'Etat est favorable aux dispositions contenues dans le projet et n'a pas d'observations particulières à formuler à son sujet.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à l'assurance de notre parfaite considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :

Michèle Righetti-El Zayadi

La présidente :

Nathalie Fontanet



2024.02233



Monsieur
Beat Jans
Conseiller fédéral
Chef du Département fédéral de justice
et police
Palais fédéral ouest
3003 Berne



Notre réf. C-58965
Votre réf. /

Date - 5 JUIN 2024

Reprise en mise en œuvre du règlement (UE) 2022/1190 modifiant le règlement (UE) 2018/1862 en ce qui concerne l'introduction dans le système d'information Schengen (SIS) de signalements pour information concernant des ressortissants de pays tiers dans l'intérêt de l'Union (Développement de l'acquis de Schengen) : ouverture de la procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Conseil d'Etat du canton du Valais vous remercie de l'avoir associé à la consultation citée en titre.

Nous saluons ce développement de l'acquis de Schengen qui va dans le sens des objectifs de lutte contre la violence, la criminalité et le terrorisme et permet d'agir contre ces phénomènes contribuant ainsi à garantir la sécurité des habitants non seulement de la Suisse mais des autres Etats Schengen.

Nous prenons acte que la mise en œuvre de ces mesures n'engendrera pas de nouveaux coûts pour les cantons. Une modification de procédure est cependant attendue pour les agents du front.

Nous vous prions d'agréer, Monsieur le Conseiller fédéral, l'expression de notre considération distinguée.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président

Franz Ruppen



La chancelière

Monique Albrecht

Copie à M. Christian Varone, Commandant de la Police cantonale
eus@fedpol.admin.ch



LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET
CANTON DE NEUCHÂTEL

Département fédéral de justice et police DFJP
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Reprise et mise en œuvre du règlement (UE) 2022/1190 modifiant le règlement (UE) 2018/1862 en ce qui concerne l'introduction dans le système d'information Schengen (SIS) de signalements pour information concernant des ressortissants de pays tiers dans l'intérêt de l'Union (développement de l'acquis de Schengen)

Monsieur le conseiller fédéral,

Votre correspondance du 10 avril dernier relative à la procédure de consultation mentionnée sous rubrique nous est bien parvenue et a retenu notre meilleure attention.

Le projet soumis a pour objectif de permettre aux États Schengen de signaler pour information dans le SIS, sur proposition d'Europol, des ressortissants d'États tiers dont on présume qu'ils participent à des activités criminelles graves ou des activités terroristes. La mise en œuvre technique sera gérée par la Confédération, tout comme l'adaptation des bases légales (LSIP).

Ainsi, la mise en œuvre du règlement (UE) 2022/1190 ne devrait pas générer de nouveaux coûts pour les cantons. Ceux-ci ne seront a priori concernés par le présent règlement que lorsqu'un agent de police sur le terrain sera confronté à un signalement pour information, lors du contrôle d'une personne inscrite dans la catégorie correspondante du SIS.

Considérant finalement que les cantons bénéficieront du renforcement de la coopération avec l'étranger et Europol, et ainsi d'une amélioration de la sécurité, le Canton de Neuchâtel soutient le projet et renonce à formuler d'autres remarques particulières.

En vous remerciant de nous avoir associés à cette procédure de consultation et de l'attention que vous porterez à notre réponse, nous vous prions de croire, Monsieur le conseiller fédéral, à l'assurance de notre haute considération.

Neuchâtel, le 24 juin 2024



Au nom du Conseil d'État :

La présidente,
F. NATER

La chancelière,
S. DESPLAND

NE

Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département fédéral de justice et police DFJP
Monsieur le Conseiller fédéral
Beat Jans
Palais fédéral ouest
3003 Berne

Par email : eus@fedpol.admin.ch

Hôtel du Gouvernement
2, rue de l'Hôpital
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11
f +41 32 420 72 01
chancellerie@jura.ch

Delémont, le 18 juin 2024

Reprise et mise en œuvre du règlement UE 2022/1190 modifiant le règlement UE 2018/1862 - introduction dans le système d'info Schengen (SIS) de signalements pour information concernant des ressortissants de pays tiers dans l'intérêt de l'Union

Monsieur le Conseiller fédéral,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura accuse réception de votre courrier relatif à la procédure de consultation notée sous rubrique et il vous remercie de l'avoir consulté.

Il n'a dans ce cadre aucune remarque à formuler.

Tout en vous remerciant de prendre note de ce qui précède, le Gouvernement de la République et Canton du Jura vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, à sa haute considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA


Rosalie Beuret Siess
Présidente




Jean-Baptiste Maître
Chancelier d'État

Per Mail: eus@fedpol.admin.ch

Bern, 13. Juni 2024

Vernehmlassung: Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS)

Sehr geehrte Damen und Herren

Sie haben uns eingeladen, zur obengenannten Vernehmlassungsvorlage Stellung zu nehmen. Für diese Gelegenheit zur Meinungsäusserung danken wir Ihnen bestens.

Die Vernehmlassungsvorlage sieht vor, dass Europol zur Bekämpfung von schwerer Kriminalität und Terrorismus im Schengener Informationssystem (SIS) Informationsausschreibungen zu Drittstaatangehörigen bei den Schengen Staaten vorschlagen kann. Es liegt dabei im Ermessen der Schweiz, ob sie eine solche Informationssauschreibung eingeben will. Die Übernahme und Umsetzung der Verordnung im Landesrecht hat die Änderung des Bundesgesetzes über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (BPI) zur Bedingung. Die schweizerischen Endnutzer des SIS – bspw. Kantonspolizistinnen – erhalten durch die Informationsausschreibungen im SIS Einsicht zu Verdachtsmeldungen im Zuständigkeitsbereich von Europol.

Kooperation stärken – Sicherheit erhöhen

Terrororganisationen und die Schwerstkriminalität agieren heute wie gestern über die Landesgrenzen hinaus. Ihre wirksame Bekämpfung setzt eine eingespielte und verlässliche Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden im Schengen-Raum voraus. Die Mitte anerkennt, dass die Informationsausschreibung zu Drittstaatangehörigen ein weiteres Puzzle-Teil einer wirkungsvollen Kooperation der Polizeibehörden in ihrem Kampf gegen Kriminalität und Terrorismus darstellt. Die Mitte ist der Überzeugung, dass das Schengen-System im Allgemeinen einen wichtigen Beitrag zur inneren Sicherheit der Schweiz leistet und unterstützt entsprechend auch die vorliegende Gesetzesanpassung.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und verbleiben mit freundlichen Grüssen.

Die Mitte

Sig. Gerhard Pfister
Präsident Die Mitte Schweiz

Sig. Gianna Luzio
Generalsekretärin Die Mitte Schweiz

PLR.Les Libéraux-Radicaux, case postale, 3001 Berne

Département fédéral de justice et police
DFJP
3003-Bern

Berne, 11 juin 2024 / DR
VL/ EU Schengen 20221190

Expédition électronique : eus@fedpol.admin.ch

Reprise et mise en œuvre du règlement (UE) 2022/1190 modifiant le règlement (UE) 2018/1862 en ce qui concerne l'introduction dans le système d'information Schengen (SIS) de signalements pour information concernant des ressortissants de pays tiers dans l'intérêt de l'Union (Développement de l'acquis de Schengen)

Madame, Monsieur,

Nous vous remercions de nous avoir donné la possibilité de nous exprimer dans le cadre de la consultation de l'objet mentionné ci-dessus. Vous trouverez ci-dessous notre position.

Commentaire général

Le Parti Libéral-Radical Suisse soutiens pleinement la reprise et la mise en œuvre de ce règlement. Nous reconnaissons l'importance de cette mesure pour renforcer la sécurité intérieure de la Suisse et de l'ensemble de l'espace Schengen, tout en optimisant la coopération avec Europol et les autres États Schengen.

Justifications et bénéfices attendus

Renforcement de la sécurité : L'introduction de signalements pour information concernant des ressortissants de pays tiers permettra une meilleure surveillance et une réaction plus rapide face aux menaces potentielles liées aux activités criminelles graves ou terroristes. Cela contribuera significativement à la sécurité publique et à la prévention des crimes transfrontaliers.

Coopération accrue avec Europol : En permettant à Europol de proposer des signalements aux États Schengen, y compris la Suisse, nous renforçons la coopération internationale. Cette collaboration est cruciale pour partager des informations critiques et pour coordonner les actions contre les menaces communes.

Adaptation législative et technique: La modification de la LSIP et de l'ordonnance N-SIS est une étape nécessaire pour aligner notre cadre légal national avec les exigences du règlement (UE) 2022/1190. Les adaptations techniques prévues, bien que nécessitant un investissement initial, sont justifiées par les bénéfices substantiels en matière de sécurité et d'efficacité opérationnelle.

Conséquences et mise en œuvre

Nous avons pris note des conséquences financières et organisationnelles mentionnées dans le rapport explicatif. Les coûts uniques estimés à 150 000 francs pour l'adaptation des systèmes existants (RIPOL et N-SIS) sont raisonnables et justifiés par l'importance du projet.

Protection des données

Nous insistons sur l'importance de garantir la protection des données personnelles dans le cadre de la mise en œuvre de ce règlement. Les dispositions prévues par le règlement (UE) 2022/1190, en alignement avec le RGPD et le règlement (UE) 2018/1725, sont rassurantes et nécessaires pour assurer que les informations sensibles soient traitées de manière sécurisée et confidentielle.

Ainsi, le PLR Suisse soutient ce projet de reprise et de mise en œuvre du règlement (UE) 2022/1190. Nous considérons que cette initiative est cruciale pour la sécurité nationale et pour renforcer notre coopération avec les autres États Schengen et Europol.

PLR.Les Libéraux-Radicaux

Le Président



Thierry Burkart
Conseiller aux Etats

Le Secrétaire général



Jon Fanzun

Département fédéral de justice et police
DFJP
Monsieur le Conseiller fédéral
Beat Jans
3003 Berne

Par courrier électronique :
eus@fedpol.admin.ch

Berne, le 21 juin 2024

Reprise et mise en œuvre du règlement (UE) 2022/1190 modifiant le règlement (UE) 2018/1862 en ce qui concerne l'introduction dans le système d'information Schengen (SIS) de signalements pour information concernant des ressortissants de pays tiers dans l'intérêt de l'Union (Développement de l'acquis de Schengen)

Réponse de l'UDC Suisse à la procédure de consultation

Monsieur le Conseiller fédéral,

Mesdames et Messieurs,

L'UDC Suisse vous remercie de l'avoir consultée au sujet de l'objet cité en titre. Après avoir examiné les détails du projet, elle a l'avantage de se prononcer comme suit :

Malgré son rejet du mécanisme de reprise automatique des réglementations européennes dans le cadre de Schengen, l'UDC Suisse accepte pragmatiquement l'introduction de signalements pour information concernant les ressortissants de pays tiers.

Le projet de règlement européen modifie le règlement UE 2018/1862, qui avait été mis en œuvre dans la législation nationale et était entré en vigueur le 22 novembre 2022, afin de permettre aux Etats Schengen d'introduire dans le SIS, sur proposition d'Europol, des signalements pour information à propos de ressortissants d'Etats tiers. Selon le nouveau règlement, les informations concernant des ressortissants d'Etats tiers dont on présume qu'ils participent à des activités criminelles graves ou des activités terroristes pourront être transmises par Europol à un Etat Schengen, afin d'effectuer un signalement pour information concernant des ressortissants de pays tiers dans l'intérêt de l'Union.

En cas de réponse positive (hit) à un signalement pour information lors d'un contrôle, le règlement prévoit que l'Etat où le hit a eu lieu recueille et transmette à l'Etat signalant les informations nécessaires, notamment la localisation du ressortissant d'un pays tiers signalé pour information concerné, l'itinéraire suivi, les personnes l'accompagnant ou encre les objets transportés.

Comme elle l'avait déjà indiqué dans sa réponse à consultation concernant la reprise de la réglementation devant aujourd'hui être remplacée, l'UDC Suisse salue l'inscription des personnes liées au terrorisme et la communication des données correspondantes.

L'UDC rappelle toutefois les réserves qu'elle exprime systématiquement lors de tout développement de l'acquis Schengen. La quasi-obligation de fait pour la Suisse de reprendre les développements de manière automatique (« dynamique ») est inacceptable. Dans un esprit de pragmatisme, l'UDC ne s'oppose toutefois pas à ce développement en particulier.

L'UDC relève l'affirmation du Conseil fédéral selon laquelle la mise en œuvre du nouveau règlement ne générera pas de nouveaux coûts de fonctionnement et ne requerra pas de personnel supplémentaire, pas plus qu'elle ne générera de nouveaux coûts pour les cantons.

Réitérant ses remerciements de l'avoir associée à cette consultation, l'UDC Suisse vous prie de croire, Monsieur le Conseiller fédéral, Mesdames et Messieurs, à l'assurance de sa considération.

Avec nos meilleures salutations

UNION DÉMOCRATIQUE DU CENTRE

Le président du parti

Le secrétaire général



Marcel Dettling
Conseiller national

Henrique Schneider

Bern, 27. Juni 2024

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD
Bundeshaus West
3003 Bern

eus@fedpol.admin.ch



Vernehmlassung zur Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Jans,

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wie folgt wahrnehmen:

Die SP Schweiz unterstützt die vorliegende Vorlage zur Übernahme und Umsetzung der oben genannten EU-Rechtsgrundlagen. Es geht dabei um eine Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands, die bezweckt, dass Schengen-Staaten auf Vorschlag von Europol Informationsausschreibungen zu Drittstaatenangehörigen im Schengener Informationssystem (SIS) eingeben können. Die Vorlage ist ein wichtiger Schritt, um den bestehenden Rechtsrahmen zu modernisieren und den Informationsaustausch innerhalb des Schengen-Raums zu vereinheitlichen. Angesichts der Kriminalitätsentwicklung und der Mobilität der Menschen ist die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedstaaten und Schengen-assoziierten Staaten unerlässlich. Wie im erläuternden Bericht treffend festgehalten, haben schwere Formen von Kriminalität und Terrorismus oftmals einen globalen Charakter. Daher sind Informationen, die Drittstaaten und internationale Organisationen über Personen erlangen, die solcher schweren Formen von Kriminalität und Terrorismus verdächtig werden, für die Sicherheit im Schengen-Raum von zentraler Bedeutung.

Es ist unserer Ansicht nach somit wichtig und richtig, dass die Weiterentwicklung in Form einer Teilrevision des Bundesgesetzes über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (BPI) umgesetzt wird. Die Teilrevision umfasst, dass der Informationsaustausch und -gewinnung neu als Aufgabe des automatisierten Personen- und Sachfahndungssystem aufgeführt wird (E-BPI Art. 15 Abs. 1 Bst. kbis). Zudem wird bestimmt, dass das fedpol für die Entgegennahme und Prüfung der Empfehlung von Europol zur Informationsausschreibung von Drittstaatenangehörigen verantwortlich ist sowie für die Vornahme der Ausschreibung selbst (E-BPI Art. 16 Absatz 4bis).

In einem neuen Anhang 4 wird weiter basierend auf dem Anhang I der Verordnung (EU) 2016/794 aufgeführt, welche Straftaten nach Schweizer Recht für diese Art des Informationsaustausches relevant sind. Nach Ansicht der SP Schweiz ist jedoch von Bedeutung, dass die im Anhang 4 aufgeführten Delikte immer im Zusammenhang mit der Begehung schwerer Formen von Kriminalität und Terrorismusbekämpfung beurteilt werden. Dies insbesondere deshalb, da Konstellationen denkbar sind, bei welchen die in Anhang 4 erwähnten Delikte für sich allein nicht als «schwere Formen der Kriminalität oder Terrorismusbekämpfung» einzuschätzen sind. Zu denken ist hier bspw. an die Delikte, welche in Ziffer 3 oder 6 aufgeführt werden. Dementsprechend soll das fedpol bei der Beurteilung, dass hinreichende Gründe zu der Annahme bestehen, dass die betreffende Person eine in den Zuständigkeitsbereich von Europol fallende schwere Straftat im Sinne von Anhang I der Verordnung (EU) 2016/794 begangen hat, an einer

1

solchen Straftat beteiligt war oder eine solche Straftat plant, jeweils eine Einzelfallprüfung vornehmen und dabei berücksichtigen, dass die Informationsausschreibungen das Zweck verfolgen «Endnutzer, die eine Abfrage im SIS durchführen, über die mutmassliche Beteiligung der Drittstaatsangehörigen an terroristischen Straftaten oder an sonstigen schweren Straftaten, wie in Anhang I der Verordnung (EU) 2016/794 aufgeführt, zu unterrichten». Es kann nach Ansicht der SP Schweiz zu einem stossenden Ergebnis führen, wenn bei der Begehung, Beteiligung oder Planung der in Ziffer 3 und 6 aufgeführten Delikten automatisch davon ausgegangen wird, dass es sich um «schwere Formen von Kriminalität oder Terrorismusbekämpfung» handelt.

Zu begrüssen ist, dass nun klar festgelegt ist, dass Europol der Schweiz die Eingabe von Ausschreibungen im SIS vorschlagen kann, obwohl diese kein Mitgliedstaat von Europol ist. Mit der Anpassung des BPI, werden die rechtlichen Grundlagen dafür geschaffen. Wie jedoch im erläuternden Bericht festgehalten, werden zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Verordnung die Anpassung des BPI noch nicht in Kraft sein. Die vorübergehende direkte Anwendung der Verordnung (EU) 2022/1190 gestützt auf Art. 7b Abs. 1 RVOG wird dementsprechend begrüsst. Ohne diese würde die operative SIS-Zusammenarbeit empfindlich gestört, da mangels Rechtsgrundlage weder eine Trefferbearbeitung der von anderen Staaten für Europol eingegebenen Ausschreibungen noch ein entsprechender Austausch von Zusatzinformationen über das SIRENE-Büro zulässig wäre. Ein uneingeschränkter und ununterbrochener Betrieb des SIS ist jedoch sowohl für die Schweiz als auch für die übrigen Schengen-Staaten von grosser Bedeutung.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ



Mattea Meyer
Co-Präsidentin



Cédric Wermuth
Co-Präsident



Jessica Gauch
Politische Fachreferentin



piratenpartei

www.piratenpartei.ch

Piratenpartei Schweiz, 3000 Bern

Stellungnahme der Piratenpartei Schweiz zur Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS)

Sehr geehrter Herr Bundesrat Jans

Sehr geehrte Damen und Herren

Bezugnehmend auf Ihre Vernehmlassungseröffnung vom 10.04.2024 nehmen wir gerne Stellung und würden es zukünftig sehr begrüßen, wenn wir als politische Partei in ihre Adressatenliste aufgenommen werden.

Im Weiteren finden wir Piraten es sehr bedenklich, dass Sie für die Stellungnahme auf eine proprietäre Software verweisen (Word der Firma Microsoft), wo es doch heute zahlreiche offene und freie Dateiformate gibt. Wir entsprechen ihrem Wunsch mit einer docx-Datei, welche auch in neueren Word Versionen geöffnet werden kann.

Die Piratenpartei Schweiz setzt sich seit Jahren für eine humanistische, liberale und progressive Gesellschaft ein. Dazu gehören die Privatsphäre der Bürger, die Transparenz des Staatswesens, inklusive dem Abbau der Bürokratie, Open Government Data, den Diskurs zwischen Bürgern und Behörden, aber auch die Abwicklung alltäglicher Geschäfte im Rahmen eines E-Governments. Jede neue digitale Schnittstelle und Applikation bedingt aber eine umfassende Risikoanalyse und Folgeabschätzung.

Gerne nehmen wir wie folgt Stellung:



Art. 2

Anregung: Streichung

Begründung:

Art. 2 sieht eine Änderung eines anderen Erlasses vor. Diese Änderungen lehnen wir in der vorliegenden Form ab. Siehe Begründung zu der Änderung des Bundesgesetzes vom 13. Juni 2008 über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes unten.

Bundesgesetz vom 13. Juni 2008 über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (BPI)

Art. 15 Abs 1 Bst. kbis, Art. 16 Abs. 2 Bst. gbis und Anhang 4

Anregung: Streichung oder Anpassung von Anhang 4

Begründung:

1 Mit den Art. 15 Abs 1 Bst. kbis und Art. 16 Abs. 2 Bst. gbis BPI soll die Informationsgewinnung bzw. der -austausch über Drittstaatsangehörige ermöglicht werden, die "mutmasslich an schweren Straftaten im Sinne dieses Gesetzes beteiligt sind". Dafür wird der neue Anhang 4 eingeführt, welcher diese "schweren Straftaten" auflistet.

2 Es ist auffällig, dass, wie beim (ersten) Entwurf des Flugpassagierdatengesetzes (FPG), erneut ein möglichst breiter Deliktskatalog zur Anwendung kommen soll, der wohl v.a. einer umfassenden Überwachung zudient. So soll diese Informationsgewinnung, also dieser klare Grundrechtseingriff, auch hier wieder beispielsweise mit "Produktpiraterie" oder gar mit "Erschleichen einer Leistung" (Schwarzfahren!) begründet werden können. Diese und weitere Straftaten stehen schlicht in keinem Verhältnis zu anderen Delikten auf der Liste wie Völkermord und Kriegsverbrechen. Selbst das FPG hat, so scheint es, im neusten Entwurf vom 15.5.24 zumindest die Produktpiraterie fallengelassen und Schwarzfahren gar nie erst erwähnt. Es ist unverständlich, wieso ersteres erneut aufgegriffen wird und letzteres auch nur Erwähnung findet in einem Katalog "schwerer Straftaten". Dass es auch noch genügt, beispielsweise nur "mutmasslich" schwarzzufahren, um sämtliche Daten über eine Person zu beschaffen, verunmöglicht jegliche Verhältnismässigkeit (oder das nötige öffentliche Interesse) i.S.v. Art. 36 BV.



Mit solch laxen Kriterien wird ein grundrechtswidriger Freifahrtschein zur umfangreichen Datensammlung geschaffen. Entsprechend ist dieser Katalog in der vorliegenden Form zu streichen oder stark zu kürzen.

3 Mindestens folgende Straftaten im Katalog fallen negativ auf:

12. Rassismus und Fremdenfeindlichkeit Diskriminierung und Aufruf zu Hass (Art. 261bis StGB)

Anregung: Streichen

Begründung:

Für die Piratenpartei stellt sich die Frage, ob, vor allem in Zukunft, nicht etwa die Hälfte der Bevölkerung, bspw. Migrationskritiker, pro-Palästina-Aktivisten oder Religionskritiker in diesem System landen.

15. Betrugsdelikte, einschliesslich gegen die finanziellen Interessen der Union gerichtete Straftaten

Anregung: Streichen von Erschleichen einer Dienstleistung

Begründung:

Die Piratenpartei kann nicht nachvollziehen, weshalb Schwarzfahren als Delikt die Schwere erreicht, dass diese Straftat in diesem Katalog aufgeführt ist.

18. Nachahmung und Produktpiraterie

Anregung: Streichen

Begründung:

In dem 2022 in die Vernehmlassung gegebenen Entwurf für das Flugpassagierdatengesetz war dies auch enthalten, in der nun in die parlamentarischen Beratungen gegebene Vorlage wurde dies - vollkommen zu Recht - gestrichen. Eine Streichung wäre auch in diesem aktuellen Entwurf logisch und angezeigt.

FPG Entwurf: <https://www.newsd.admin.ch/newsd/message/attachments/87564.pdf>



21. Computerkriminalität Unbefugte Datenbeschaffung, unbefugtes Beschaffen von Personendaten, unbefugtes Eindringen in ein Datenverarbeitungssystem, Datenbeschädigung, betrügerischer Missbrauch einer Datenverarbeitungsanlage, Erschleichen einer Leistung (Art. 143, 143bis, 144bis, 147 Abs. 1 und 2, 150 sowie 179novies StGB)

Hier stellt sich auch die Frage, ob hierunter dann auch die Mitarbeiter der (ausländischen) Geheimdienste, welche weithin auch für Wirtschaftsspionage bekannt sind, fallen und beispielsweise auch die Führungsriege des CIA betroffen sind, oder ob hier grosszügige Ausnahmen gelten sollen.

Schlussbemerkungen

Wir beschränken uns in dieser Stellungnahme auf unsere Kernanliegen. Bei Verzicht unsererseits auf umfassende allgemeine Anmerkungen oder auf Anmerkungen zu einzelnen Regelungen, ist damit keine Zustimmung durch die Piraten zu solchen Regelungen verbunden.

Kontakt details für Rückfragen finden Sie in der Begleit-E-Mail.

Piratenpartei Schweiz, Arbeitsgruppe Vernehmlassungen, 28. Juni 2024



Von: Maeder Sabine <maeder@arbeitgeber.ch> **Im Auftrag von** Schwarzenbach Andrea

Gesendet: Mittwoch, 24. April 2024 14:12

An: Spörri Simon FEDPOL <simon.spoerri@fedpol.admin.ch>

Cc: Schwarzenbach Andrea <schwarzenbach@arbeitgeber.ch>

Betreff: WG: Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 / Reprise et mise en œuvre du règlement (UE) 2022/1190 / Recepimento et attuazione dello Regolamento (UE) 2022/1190

Sehr geehrte Frau Spörri

Wir danken Ihnen bestens für die Gelegenheit in eingangs erwähnter Sache Stellung nehmen zu können.

Da die **Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS)** unsere Mitglieder nicht tangiert, verzichtet der Schweizerische Arbeitgeberverband auf eine Stellungnahme zu dieser Vernehmlassung.

Wir danken Ihnen bestens für Ihre Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse

Sabine Maeder im Auftrag von Andrea Schwarzenbach

Assistentin

SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND

Hegibachstrasse 47

Postfach

8032 Zürich

Tel. +41 44 421 17 17

Direktwahl: +41 44 421 17 42

maeder@arbeitgeber.ch

<http://www.arbeitgeber.ch>





Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren
Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police
Conferenza delle direttrici e dei direttori dei dipartimenti cantonali di giustizia e polizia

Per Mail an:
eus@fedpol.admin.ch

Bern, 23.05.2024
02.02 bli

Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Konferenz der Kantonalen Justiz- und Polizeidirektorinnen und -direktoren (KKJPD) bedankt sich für die Möglichkeit, zu oben erwähnter Vernehmlassung Stellung zu nehmen.

Die KKJPD begrüsst, dass mit der Vorlage den Schengen-Staaten ermöglicht wird, auf Vorschlag von Europol Ausschreibungen im Schengener Informationssystem (SIS) von Drittstaatsangehörigen, die schwerer krimineller Aktivitäten verdächtig werden, vorzunehmen. Damit wird in Bezug auf schwere Formen von Kriminalität und Terrorismus eine Lücke im Informationsaustausch geschlossen und die Sicherheit im Schengen-Raum erhöht.

Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Mit freundlichen Grüssen

Florian Düblin
Generalsekretär

Der Präsident

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EJPD
Bundesrat Beat Jans
Bundeshaus Nord
3003 Bern

Per E-Mail an:

eus@fedpol.admin.ch

Bern, 28. Juni 2024

Stellungnahme der KKPKS zur Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands)

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 10. April 2024 haben Sie uns zur Stellungnahme in titelerwähnter Sache eingeladen. Wir bedanken uns dafür und nehmen wie folgt Stellung:

Die KKPKS begrüsst die Stärkung der Zusammenarbeit auf internationaler Ebene sowie mit Europol, welche mit der Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 einhergehen soll. Der optimierte Informationsaustausch führt zu einer Erhöhung der Sicherheit im Schengen-Raum.

Die Übernahme und Umsetzung der Verordnung dürfte gemäss erläuterndem Bericht sowohl in technischer bzw. organisatorischer als auch in finanzieller Hinsicht primär fedpol und nicht die kantonalen Polizeibehörden betreffen (EB, S. 19 f.). Gemäss Art. 16 Abs. 4^{bis} VE-BPI ist fedpol sowohl für die Entgegennahme und Prüfung der Vorschläge von Europol als auch für die Vornahme der entsprechenden Ausschreibungen zuständig.

Fraglich und zu klären ist hingegen, wie eine Ausschreibung gehandhabt würde, wenn ein Kanton oder mehrere Kantone ein Verfahren gegen die auszuschreibende Person führen. Schliesslich müsste für die kantonalen Polizeibehörden mehr Klarheit geschaffen werden bezüglich des konkreten Ablaufs der Analyse und Beurteilung der Daten, welche fedpol von Europol erhält. Werden diesbezüglich die Interessen der Kantone berücksichtigt und die kantonalen Polizeibehörden gebotenen Falls miteinbezogen? Abhängig davon, wie diese offenen Fragen beantwortet werden, entsteht den kantonalen Polizeibehörden entgegen dem erläuternden Bericht durch die Übernahme der Verordnung doch zusätzlicher Aufwand (insbesondere bei der Unterstützung der Datenanalyse).

Der Präsident

Gemäss erläuterndem Bericht ist einzig die Teilrevision des Bundesgesetzes über die polizeilichen Informationssysteme des Bundes (BPI; SR 361.0) Gegenstand der Vernehmlassung. Diese Anpassung der Rechtsgrundlagen entspricht im Wesentlichen der Umsetzung von Artikel 37a der Verordnung (EU) 2022/1190 (EB, S. 15). Auch wenn Art. 37b grundsätzlich nicht Gegenstand der Vernehmlassung ist, gilt es seitens der KKPKS bereits an dieser Stelle folgendes anzumerken.

Wenn kantonale Polizeiangehörige während einer Personenkontrolle einen Treffer zu einer entsprechenden Informationsausschreibung oder auch Sachfahndungsausschreibung (gemäss Art. 37b Abs. 12 der Verordnung) verzeichnen, müssen die Polizeiangehörigen das Verfahren zur Treffermeldung anwenden. Dies *«unter Berücksichtigung allfälliger besonderer Modalitäten für Informationsausschreibungen, die noch zu definieren sind»* (EB, S. 20). Insbesondere gilt es dabei zu berücksichtigen, dass der verdeckte Charakter der Kontrollmassnahme nicht gefährdet wird (Art. 37b Abs. 4 der Verordnung; EB, S. 11).

Für die kantonalen Polizeibehörden ist es von besonderer Wichtigkeit, dass das Verfahren betreffend dieser neuen Informations- sowie Sachfahndungsausschreibungen sowie die damit verbundenen besonderen Modalitäten klar und einfach definiert werden (bspw. betreffend die Kategorisierung der Daten zu Begleitpersonen), zumal die Implementierung des Verfahrens eine Schulung jedes Polizisten und jeder Polizistin in der Schweiz notwendig machen dürfte. Das konkret anzuwendende Vorgehen bei einer Treffermeldung muss für die kantonalen Polizeikorps ohne Weiteres nachvollziehbar sein. Die KKPKS erachtet vor diesem Hintergrund eine Konsultation der kantonalen Polizeibehörden zum Verfahren und den konkreten Modalitäten als unabdingbar. Damit zu verbinden ist eine zeitnahe und umfassende Kommunikation über die erarbeiteten Modalitäten sowie deren Einführungszeitpunkt.

Schliesslich besteht von Seiten der kantonalen Polizeibehörden mit Blick auf den internationalen Informationsaustausch der Strafverfolgungsbehörden das Anliegen, ersteren – auf Anfrage hin – einen Anschluss an SIENA im Sinne eines «passiven Leserechts» zu ermöglichen. Dies, um die Kommunikation bzw. den Informationsfluss im internationalen Kontext für die kantonalen Polizeibehörden zu optimieren. Es würde begrüsst, würde fedpol diesbezüglich prüfen, wie und ob ein solcher Anschluss auf kantonaler Ebene breiter als bis anhin ermöglicht werden könnte.

Besten Dank für die Berücksichtigung unserer Anliegen.

Freundliche Grüsse

Der Präsident

Mark Burkhard, Kdt Polizei Basel-Landschaft

Kopie z.K.: Mitglieder der KKPKS, GS KKJPD



Schweizerische Vereinigung
Städtischer Polizeichefs SVSP
c/o Stadtpolizei St.Gallen
Vadianstrasse 57
9001 St.Gallen
Telefon 071 224 61 69
Telefax 071 224 66 66
<http://www.svsp.info/d/home.asp>

P.P. 9001 St.Gallen Post CH AG
Stadtpolizei, Vadianstrasse 57

Herr
Bundesrat Beat Jans
Eidgenössisches Justiz- und
Polizeidepartement EJPD

per E-Mail an:

eus@fedpol.admin.ch

St.Gallen, 21. Juni 2024

Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2022/1190 zur Änderung der Verordnung (EU) 2018/1862 in Bezug auf die Eingabe von Informationsausschreibungen zu Drittstaatsangehörigen im Interesse der Union in das Schengener Informationssystem (SIS) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands); Vernehmlassungsverfahren

Sehr geehrter Herr Bundesrat

Ich bedanke mich im Namen der Schweizerischen Vereinigung Städtischer Polizeichefs (SVSP) für die im vorliegenden Vernehmlassungsverfahren eingeräumte Gelegenheit zur Stellungnahme.

Aus Sicht der SVSP besteht in diesem Vernehmlassungsverfahren keine Veranlassung zu Einwänden.

Freundliche Grüsse

Oberstlt Ralph Hurni
Co-Präsident SVSP

